

G G K

WAS DIE SCHWEIZ VERBINDET



GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT DES KANTONS ST.GALLEN (GGK)

«FORUM»

EINLEITUNG

Gemäss dem GemeinwohlAtlas Schweiz machen sich 65% der Schweizerinnen und Schweizer Sorgen, dass dem Gemeinwohl in unserem Land zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Diese Zeitdiagnose gilt es ernst zu nehmen. Wo steht die Schweiz wirklich?

Welches sind die verbindenden Kräfte in unserem Land? Die freiheitlich-demokratischen Grundwerte und ihre institutionelle Absicherung, die Mehrsprachigkeit, die Einheit in der kulturellen Vielfalt, die Kompromissbereitschaft, das Milizsystem? Oder sind es einfach der Wohlstand und die Segnungen des Sozialstaates?

Es stellt sich auch die Frage, inwiefern die Anerkennung eines Kernbestands an ethisch-kulturellen Grundwerten Bedingung eines friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens in unserem Land ist. Sind im nationalen Basiskonsens derzeit überhaupt Bruchstellen auszumachen? Wenn ja, welche?

Und was geschieht, wenn die Bindungskräfte im Land zu erlahmen drohen? Welche Rolle fällt den Medien, der Bildung und Erziehung zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu?

Mit diesen Fragen befasste sich das GGK-Forum am 17. August und 25. Oktober sowie am 28. Oktober der Kantonale Tag der Freiwilligen. Die Referate von Dr. Gerhard Schwarz, Roger de Weck und Dr. Hubertus Schmid haben wir in einer kleinen Schrift zusammengestellt. Möge sie die Leser einladen, über das wichtige Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts selber nachzudenken.

St.Gallen, im Dezember 2017

Dr. Hubertus Schmid, Präsident ggk sg



Copyright: SKG SSK / Danielle Linger

«WAS DIE SCHWEIZ ZUSAMMENHÄLT»

ROGER DE WECK, GENERALDIREKTOR SRC

Was erleben wir derzeit, weltweit? Der Kalte Krieg war ein weitgehend kontrollierter Konflikt, der die Welt strukturierte und über gegenseitige Feindbilder integrativ wirkte, den sogenannten Ostblock und die westeuropäische Einigung nach sich zog. Heute hingegen durchlaufen wir eine Zeit «destrukturierter» Konflikte, in der ganz unterschiedliche Länder, Völker, Stämme wechselweise und übers Kreuz im Streit miteinander liegen.

Desintegration und Nationalismus

Wir leben in einer Zeit der Des-Integration oder De-Strukturierung. Auch in Europa, siehe Brexit, Schottland, Autonomie-Bestrebungen Kataloniens etc. Es trifft zu, dass die Schweiz weniger Kohäsion empfindet als während des Zweiten Weltkriegs, als das Land von Feinden umzingelt war, den Nazis und Faschisten. Erstaunlich, dass sich dieses Bedürfnis nach Zusammenhalt dank Feindschaft heute erneut artikuliert gegenüber uns gut gesinnten Nachbarn, die ganz wesentlich zu unserem wirtschaftlichen Wohlstand beitragen: die EU, Deutschland, Frankreich, Italien. In den USA erleben wir – nicht erst seit der Wahl von Präsident Donald Trump – eine tiefe Spaltung der Gesellschaft. Viele Amerikaner fühlen sich nicht mehr als Teil einer Gesamt-Gesellschaft. Mit eine Folge des Neoliberalismus, der in die Finanzkrise 2007 mündete. Margaret Thatcher negierte beispielsweise die Existenz einer Gesellschaft, mit dem Ausspruch «There is no such thing as society». Viel Vertrauen in die Wirtschaft und ihre Exponenten ging verloren. Dieses wandelte sich in ein Gefühl des «Wir gegen die da oben», «Wir gegen die Anderen». Das führte zur Wiedererstarkung des Nationalismus und Fundamentalismus, als Sehnsüchte nach der Vergangenheit. «Wir sind die Guten, die Anderen die Schlechten»: Populisten bewirtschaften die Ängste und erweisen sich als terribles simplificateurs. Mit ihrem Kult des starken Manns oder der starken Frau begünstigen sie die Personalisierung aller Probleme wie auch die Frontbildung: Elite gegen Volk. Es leiden darunter der Gemeinsinn und die Langfristigkeit der Politik.

Kompromissmaschine Bern zum Schutz der Minderheiten

Glück und Weisheit zeichnen die von der Schweiz geschaffenen politischen Institutionen aus. Die Schweiz kennt viele Grenzen (je nach Kanton, Sprache, Kultur, Konfession, politischer Tradition, Wirtschaftskraft). Aber diese sind nie deckungsgleich, vielmehr durchkreuzen sie

sich wechselseitig. Die kantonalen Grenzen decken sich nicht mit den sprachlichen, kulturellen, konfessionellen, parteipolitischen oder wirtschaftlichen Grenzen. Je nach Dossier entstehen unterschiedliche Solidaritäten. Das schafft der Spaltung entgegen, bzw. trägt zur Stabilisierung des Landes bei.

Die Berge prägen das Bild unseres Landes, tragen zum Zusammenhalt bei, sind aber auch Zankapfel: Regelung des Verkehrs, kalte Betten, Erderwärmung, Energiegewinnung bzw. Wasserzinsen.

Mythen – gemeinsame Geschichten – sind ebenfalls ein Beitrag zur Kohäsion. Allerdings ist Wilhelm Tell ein Import erst aus Skandinavien, dann aus Deutschland dank Friedrich Schillers Stück. Bei der Schaffung des Bundesstaats wurden sie bewusst eingesetzt; allerdings wollten manche Kantone diesen Bundesstaat nicht und wurden übergangen: Die heutige Schweiz entstand auf undemokratische Art und Weise. Die Pflege der Mythen reicht für den Zusammenhalt bei weitem nicht aus.

Der Wohlstand ist eine wesentliche Komponente des guten Zusammenhalts. Hier sind freilich Verhärtungen auszumachen. Zudem ist nicht in Stein gemeißelt und fraglich, ob die Schweiz im 21. Jahrhundert der Digitalisierung so reich bleibt wie heute.

Die Zauberformel 1959 als Ausläufer des einträchtigen «Landi-Geists» und als Ausdruck des starken Wirtschaftswachstums, der Verteilungskämpfe lindert, trug wesentlich zur Kohäsion bei, nämlich die Einbindung aller massgeblichen Kräfte in die politische Verantwortung: im Bundesrat je 2 FDP, CVP und SP sowie ein Vertreter von BGB, der heutigen SVP.

Auch war uns und unserem Zusammenhalt die Geschichte wohlgesinnt – wir hatten Glück, das von aussen kam: Napoleon. Für die einen Kantone war er der Besatzer, für die anderen der Befreier, etwa für die Thurgauer, Tessiner oder Waadtländer. Napoleon schuf die bis heute fast unveränderte kantonale Struktur als eine Voraussetzung des Lebens mit Unterschieden. Nie kam es zum Bruch, auch wenn es manchmal danach aussah und im Ersten Weltkrieg die Deutschschweiz zu Deutschland, die französische Schweiz zu Frankreich tendierte. Zuvor, 1912 beim Besuch Wilhelms II., begrüßten Tausende von begeisterten Menschen den deutschen Kaiser in Zürich, als wäre er ihr Idol. Es bedurfte eines Carl Spittellers, der wider die Deutschtümelei bzw. die Hinwendung zu Frankreich «Unseren Schweizer Standpunkt» bekräftigte.

Komplexität politischer und gesellschaftlicher Systeme – wichtigster Integrationsfaktor

Bis ins 19. Jahrhundert hatten wir immer wieder Bürgerkriege im Land, zuletzt den Sonderbundkrieg. Erst mit der Bundesverfassung von 1848 wurde jene «Kompromissmaschine Bern» geschaffen, die ständig für Ausgleich sorgt unter den Eidgenossen. Die Bundesverfassung 1848 schuf die institutionellen Grundlagen einer Verschachtelung der Interessen der Kantone, so dass sie nicht mehr Krieg gegeneinander führen wollten und konnten.

Auch in Westeuropa suchte man nach dem Zweiten Weltkrieg ein solches auf Verschachtelung basierendes Integrationsprinzip, ausgehend von der Montanunion: Man vergemeinschaftete das, was Deutschland und Frankreich brauchten, um Krieg gegeneinander zu führen: Kohle und Stahl. Nach 1989 wurden dann die ehemaligen Staaten des sogenannten «Ostblocks» einbezogen, was ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben sicherte. Wo die EU vernünftigerweise keine Beitrittsperspektive eröffnen konnte, den Staaten auf dem Balkan und der Ukraine, kam es wieder einmal zu Krieg und Blutbädern.

Komplexe politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme wie die Schweiz oder die EU sind erfolgreicher als Systeme, die top down regiert werden wie Frankreich mit seinem Dirigismus, Italien mit Berlusconi (der die politische, wirtschaftliche und mediale Macht bündelte) oder das angelsächsische Modell des «the winner takes it all». Es braucht ausgeklügelte Interessen- und Machtausgleichsmechanismen. Unser System komplexer Aushandlungen kennen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Verkehrs- und Raumordnungspolitik, auf fast allen Gebieten, scheint sehr langsam und mühsam zu sein, ebnet aber den Weg zum Konsens. Die Komplexität politischer und gesellschaftlicher Systeme ist ein wichtiger Integrationsfaktor. Es gibt keine einfachen Lösungen für komplexe Lagen.

Nicht nur in den USA, sondern auch in der Schweiz macht man derzeit systematisch diese politischen Institutionen des Ausgleichs und der Gewaltenteilung schlecht, obwohl nur diese das gute Zusammenleben gewährleisten: Das Initiativrecht wird strapaziert. Das Parlament wird als Schwatzbude oder «Dunkelkammer» diffamiert. Man befiehlt und schwächt Institutionen wie die Hochschulen und Universitäten, die den wissenschaftlichen Fortschritt und damit ebenfalls das Wohlergehen sichern. Man wollte die Schweizer

Nationalbank kaltstellen. Und die sogenannte «No Billag»-Initiative will die SRG SSR beseitigen: eine Institution, die dafür sorgt, dass alle Landesteile gutes Radio und Fernsehen haben, dass Randregionen dieselbe mediale Visibilität haben wie das Wirtschaftszentrum Zürich. Das öffentliche Medienhaus SRG SSR sorgt ebenfalls für Zusammenhalt und dafür, dass alle gesellschaftlichen Gruppen Gehör finden. Bei einem «Ja» zu dieser extremen Initiative gäbe es nur noch (kleine) kommerzielle Sender in der Schweiz, die vorwiegend der Boulevard-Logik folgen. Wer die politischen Institutionen schlecht redet, schadet der Eigenossenschaft.

Schweiz – Work in progress

Die sprachliche, kulturelle und soziale Vielfalt muss auf starken politischen Institutionen bauen können, um den Zusammenhalt zu gewährleisten. Dies muss jede Generation von neuem angehen. Die Schweiz ist keine eigentliche Nation, sondern vielmehr ein Projekt in progress.

Was waren denn die politischen Ordnungsmuster in der Weltgeschichte? Erst gab es den Stamm, der absolute Loyalität nach innen und Hostilität nach aussen fordert. Daraus erwuchsen Theokratien, Monarchien, Imperien. Als verhältnismässig junges Gefüge entstand die Nation, die niemand genau definieren kann. In einer globalisierten, digitalisierten Welt, mit gegenseitiger hoher wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, stösst sie an ihre Grenzen. Die wichtigsten Entscheide für unser Land trifft nicht immer das Volk, sondern etwa der Bundesrat, z.B. die Milliarden für die Rettung der UBS.

Die EU ist ein modernes und zukunftsweisendes Modell, nämlich des freiwilligen Zusammenschlusses von Nationen, die ihre Identität bewahren, aber ihre Souveränität gemeinsam ausüben. Die Schweiz hat es aber seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verpasst, an der nach Weltkriegen und Holocaust unerlässlichen Neuordnung von Europa mitzuwirken, blieb politisch draussen, aber wirtschaftlich drinnen. Die Nischen-Strategie können wir nicht ewig aufrechterhalten: Real sind wir durch und durch mit der EU verflochten, mental sind wir von der EU ferner denn je. Dieser Widerspruch verspannt die Schweiz bis heute. Daraus erklärt sich auch die Identitäts-Krise in der Schweiz.

All diese Institutionen, die den Zusammenhalt in der Schweiz sichern, sind im 21. Jahrhundert zu behutsam und zielstrebig erneuern, anzupassen an veränderte Bedingungen; wir müssen sie modernisieren. Etwa unser ungeklärtes Verhältnis zur EU und unser Umgang mit völkerrechtlichen Verträgen, die einzuhalten oder aber mit allen Nachteilen zu kündigen sind. Und: Wenn ein Viertel der Menschen im Lande Ausländerinnen und Ausländer sind, können sie in unserem politischen System nicht gänzlich aussen vor bleiben – sie müssen in die Schweizer Politik integriert werden. Zu denken ist beispielsweise an die Ausländerräte in deutschen Gemeinden. Sie haben keine Befugnisse, aber das Recht, bei wichtigen Geschäften, die Ausländer betreffen, vom Gemeindeparlament angehört zu werden.

Zu Modernisierungen seiner Institutionen war unser Land seit 1848 immer wieder im Stande: Siehe die Einführung der direkt-demokratischen Instrumente (Referendum 1874, Volksinitiative 1891), des Verhältniswahlrechts (1919), die Schaffung der AHV und der sozialen Systeme, den Einbezug der Katholisch-Konservativen (1891) und der Sozialdemokraten (1943) in den Bundesrat, die schandhaft späte Einführung des Frauenstimmrechts (1971), die Bildung des Jura als neuen Kanton (1978) etc. Stets ging es darum, Menschen oder Regionen die vorher von der politischen Partizipation ausgeschlossen waren – ausgegrenzt waren – zu vollwertigen, mitbestimmenden Bürgerinnen und Bürgern zu machen. Das entspringt dem Gebot der Rücksicht auf die Minderheiten. Was geschieht, wenn uns diese Integration misslingt? Des-Interesse, Gleichgültigkeit, Verstärkung der Ich-Manie, De-Solidarisierung etc.

Wenn wir – wie unsere Vorfahren – den Willen aufbringen, unsere fein austarierten politischen Institutionen den Erfordernissen einer veränderten geo-politischen und wirtschaftlichen Situation anzupassen, und zwar unter Einbezug aller in diesem Land lebenden Menschen, die ganz überwiegend unser Wertesystem teilen, wird unser Land auch in Zukunft die erforderliche Integrationskraft aufweisen und damit ein gedeihliches, freies Zusammenleben sichern. Aber ohne Anstrengung geht es nicht.



«WAS DIE SCHWEIZ VERBINDET –
UND ZUSAMMENHÄLT»

DR. GERHARD SCHWARZ, ZÜRICH

Was die Schweiz nicht verbindet

Die Frage, was ein Land verbindet, ja zusammenhält, die Frage nach der Identität, stellt sich in einer globalisierten Welt überall. 1996 sprach Bassam Tibi in einem Aufsatz erstmals von einer europäischen Leitkultur für Deutschland. Er hielt eine solche Leitkultur im Sinne eines Wertekonsenses als Klammer zwischen Deutschen und Migranten für geradezu unerlässlich. Es sei in vielen Demokratien nämlich selbstverständlich, dass ein Konsens über Werte und Normen die im Gemeinwesen lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Religion, Ethnie oder Ursprungskultur, verbinde. Ein solcher Konsens sei auch für Deutschland nötig, dürfe aber nicht als deutsche Leitkultur missverstanden werden. Man müsse sich gegen wertebeliebigen Multikulturalismus und gegen Parallelgesellschaften hinter einem modernen Wertekonsens versammeln, der den Vorrang der Vernunft vor jeder religiösen Offenbarung, eine auf der Trennung von Religion und Politik basierende Demokratie, die Achtung der Menschenrechte sowie Toleranz und Pluralismus umfassen solle.

Die Debatte, die folgte, dauert bis heute. «Leitkultur» wurde in alle Himmelsrichtungen hin interpretiert und missbraucht. Für die einen war das ein Ausdruck europäischer Anmassung und Überheblichkeit, für die anderen Ausdruck von Zusammengehörigkeit und – ein Wort, das heute fast pathetisch wirkt – Heimat. Dass sich die Alternative für Deutschland in ihrem Parteiprogramm des Begriffes bemächtigt hat, ist nicht erstaunlich, aber sie versteht darunter, im Gegensatz zum Schöpfer des Begriffes, den flüssigen Gebrauch der deutschen Sprache, bewährte Umgangsformen, die geistige Tradition der Aufklärung sowie Nationalsymbole wie die Fahne und die Hymne.

Die Frage nach dem Zusammenhalt der Schweiz ist anders gestrickt. Die Schweiz ist, wie Roger de Weck oft hervorhebt, ein Land sui generis. Es wird nicht, wie die meisten klassischen Nationalstaaten, durch eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Religion zusammengehalten. Es gibt nicht einmal eine gemeinsame politische Identifikationsfigur, etwa einen viele Jahre amtierenden Staatspräsidenten oder gar – *horribile dictu* – wie in Belgien einen König oder wie bei unseren unmittelbaren Nachbarn am Alpenrhein einen Fürsten.

Wenn der Schweizer Pavillon an der Weltausstellung 1992 in Sevilla behauptete «Suiza no existe», «La Suisse n'existe pas», war das gemäss dem Urheber der Provokation, dem in Nizza lebenden Schweizer

Künstler Ben Vautier, genau so gemeint. Es gibt nicht eine Schweiz, sondern viele Schweizen. Die Alpen haben zwar etwas Verbindendes, aber dennoch sind auf dem kleinen Raum von nur 40'000 km² die Unterschiede zwischen Norden und Süden, zwischen Genfer- und Bodensee auch klimatisch und landschaftlich sehr gross. Allerdings: Vielfalt ist kein Monopol der Schweiz. Auch Grundrechte, Rechtsstaat oder Gewaltentrennung sind es nicht, ebenso wenig wie Wohlstand oder Sozialstaat. Und, vielleicht zur Enttäuschung oder auch Überraschung einiger von Ihnen: auch unser Liberalismus ist weder besonders ausgeprägt noch besonders identitätsprägend.

Mich interessiert heute nicht, was moderne Demokratien zusammenhält, sondern was ganz explizit und genuin die Schweiz zusammenhält. Und was die Schweiz zum Unikat macht, zum von den einen zelebrierten, den anderen verteufelten Sonderfall, sind einige spezielle politische Institutionen, die auf das Land zugeschnitten und für seine Situation besonders geeignet, deswegen aber in der Regel kaum kopierbar sind. Sie sind es, die die Willensnation Schweiz, dieses vielfach fragmentierte Land voller Gegensätze zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, Zugewanderten und hier Geborenen, Stadt und Land, zwischen verschiedenen Regionen, Religionen, Sprachen und Kulturen, zusammenhalten. Dazu kommen einige mentale Besonderheiten, die, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ebenfalls zur DNA der Schweiz gehören und ebenfalls verbinden. So komme ich auf acht vielfältig miteinander verwobene Klammern, die ich heute Abend durchdeklinieren möchte.

Institutionelle Klammern

Die Direkte Demokratie – Ermöglicher von Vielfalt

Man kommt nicht umhin, auch wenn es etwas langweilig wirkt, als erste Klammer der Schweiz die direkte Demokratie zu nennen. Die Schweizer – seit 1971 auch die Schweizerinnen – haben in politischen Fragen mehr zu sagen als irgendein anderes Volk. Sie sitzen selbst am Steuer, nicht bloss auf dem Beifahrersitz. Dabei bin ich mir all der Probleme und Schwächen bewusst. Zu viele Abstimmungen können deren Wert unterminieren, Emotionen können über sachliche Argumente dominieren, Volksinitiativen können von den Bundesratsparteien als Wahlkampfinstrumente missbraucht werden.

Doch trotz der Mängel überwiegen die Vorteile. Die Fokussierung auf kleinere Problemfelder statt ein ganzes Regierungsprogramm

erlaubt es, die Vielfalt der Bevölkerung und des Landes abzubilden. Die bei Abstimmungen oft wechselnden Koalitionen und die Möglichkeit, hin und wieder der «eigenen» Partei die Gefolgschaft zu verweigern, helfen, die politischen Lager aufzubrechen und die Gräben weniger tief werden zu lassen. Die gelebte Praxis der direkten Demokratie war nie eine der totalen Herrschaft der Mehrheit. Nicht nur geben das Zwei-Kammer-System und das Ständemehr den regionalen und zum Teil politischen Minderheiten viel Gewicht, sondern nach gehabter Schlacht werden die in Abstimmungen Unterlegenen aus Erfahrung und Klugheit selten völlig überfahren.

Dazu kommt: Crowd Intelligence schlägt, dessen bin ich mir sicher, die Weisheit von Volksvertretern und Experten. Natürlich werden jene Ergebnisse von Volksabstimmungen ins Feld geführt, die einem nicht in den Kram passen, bei denen die Bevölkerung Dampf ablässt, wie die 3 M, die Minarett-, die Masseneinwanderungs- und die Minder-Initiative. Aber seien wir ehrlich: Diese zum Teil nur symbolischen Überreaktionen des Volkes richten weniger Schaden an als die permanente Missachtung der Ängste der Bevölkerung durch die Regierenden in parlamentarischen Demokratien. Sie nährt nämlich Aggressionen und Gewaltbereitschaft und kann, wie in all unseren Nachbarländern, zum Erstarken sehr unappetitlicher Parteien führen. Das Schweizer Volk muss sich jedenfalls seiner Abstimmungspraxis nicht schämen und macht nicht mehr «Fehler» als die Parlamente der Nachbarländer, trotz manch irritierender Abstimmungsresultate der letzten Zeit. Die Schweiz hat seit dem 2. Weltkrieg keine grösseren Dummheiten begangen als die Nachbarländer, war nicht stillloser oder unanständiger, hat keine gröberen Fehlurteile getroffen. Sie braucht nicht mehr repräsentative Demokratie, sondern sollte ein Labor für eine veritable Regierung «des Volkes durch das Volk für das Volk», wie es Abraham Lincoln in seiner berühmten Gettysburg Address formuliert hat, bleiben.

Die direkte Demokratie hat auch einen Vorteil, der von vielen – ich meine zu Unrecht – als Nachteil empfunden wird und in Summe ebenfalls der Kohäsion dient. Die direkte Demokratie sorgt für die Langsamkeit unserer Politik. Früher hielt ich das für einen Nachteil. Heute weiss ich: sich langsam zu bewegen und zu spät zu kommen ist nur ein Unglück, wenn der Zug in die richtige Richtung fährt. In der Politik fahren die Züge aber bestenfalls gleich oft in die richtige wie in die falsche Richtung. Daher produziert Langsamkeit nicht schlechtere

Resultate als Schnelligkeit, sondern reduziert nur die Volatilität und Hektik der politischen Prozesse. Trotz gelegentlich überraschender Volksentscheide scheint mir die Schweiz daher berechenbarer und stabiler als ihre Nachbarn – auch dank der direkten Demokratie. Einen der größten Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, das Nachgeben in Sachen Privatsphäre gegenüber der Erpressung durch die USA und die Europäische Union der Steuermaximierer, haben jedenfalls Regierung und Parlament, nicht das Volk zu verantworten.

Das Milizprinzip – Partizipation für alle

Wenn ich in unseren Nachbarländern reise und dort Kontakt mit lokalen Behörde- und Politikvertretern habe, wird mir bewusst, wie sehr uns das, was wir Miliz nennen, von den Nachbarn unterscheidet und welch grossen Kitt es bedeutet. Gewiss, auf Bundesebene ist der Milizgedanke inzwischen mehr Mythos als Realität, aber dennoch haben die meisten Politikerinnen und Politiker einen Beruf erlernt, eine Weile auf diesem Beruf gearbeitet und ein Bein in der Wirtschaft, idealerweise in der Privatwirtschaft, behalten. Das hat zahlreiche positive Auswirkungen. Es findet ein Wissenstransfer aus der Privatwirtschaft in die Politik statt, und beide Seiten – Wirtschaft und Politik – entwickeln ein besseres Verständnis füreinander. Miliz-Volksvertreter sind bürgernäher, pragmatischer und – weil weniger abhängig von ihrem Amt – innerlich unabhängiger. Kurz: Sie haben mehr Bodenhaftung. Wo das Milizprinzip wirklich praktiziert wird, also auf Gemeinde- und Kantonsebene, hält sich auch die Politikverdrossenheit in Grenzen und gibt es weniger das Gefühl, von einer abgehobenen classe politique von oben regiert zu werden.

Der Milizgedanke ist das Pendant zur direkten Demokratie. Er entspringt wie diese dem genossenschaftlichen Staatsverständnis. Dieses verlangt nicht nur Entscheide durch alle, sondern auch Mitwirkung und Wahrnehmen von Verantwortung durch alle. Daher ist uns der obrigkeitsstaatliche Respekt unserer deutschen Nachbarn gegenüber den Behörden ebenso fremd wie die radikale Totalkritik am Staat der amerikanischen Libertären. Der Milizgedanke und das Genossenschaftliche haben auch wesentlich dazu beigetragen, dass es hierzulande in der Politik weniger Personenkult gibt als anderswo. Wer zu hoch fliegt, dem wird mit Misstrauen begegnet – und leider mit wenig sympathischer Häme, wenn er dann abstürzt. Vor diesem Hintergrund halte ich die auch bei uns zu beobachtende Tendenz, nach dem Studium nur

noch Politik zu machen, für verheerend. Auch die gelegentlich ange-mahnte Professionalisierung der Politik vermag mich nicht zu über-zeugen. Gerade mit Blick auf den Zusammenhalt sind engagierte Laien, die sich Rat bei Experten holen, viel wertvoller als Politiker, die nur Politiker sind.

Der Non-Zentralismus – Zusammenhalt dank Autonomie

Ebenso wichtig wie die direkte Demokratie ist der Non-Zentra-lismus. Zwar kennen auch Staaten wie die USA, Kanada oder Norwegen den Föderalismus, aber nirgendwo finden sich auf 40'000 km² 26 Kantone und 2000 Gemeinden, die um Steuerzahler und Unternehmen buhlen. In anderen Staaten sind die autonomen Gliedstaaten vielmehr oft so gross wie die ganze Schweiz, und manche Gemeinden übertreffen flächen- oder einwohnermässig selbst den Kanton Zürich.

Nur ein Föderalismus bis hinunter auf die Ebene der Gemeinden kann eine Nation, die durch viele und grosse Unterschiede der Religion, Kultur, Sprache und Geografie gespalten ist, zusammenhalten. Andere Staaten haben das Gegenteil versucht, haben mit harter Hand Unter-schiede eingeebnet, Sprachen unterdrückt und die Schulbildung verein-heitlicht. Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen wie in Spanien oder Grossbritannien sind die Folge. Ich bin überzeugt, dass ein ausgeprägter Föderalismus, ein Wettbewerb von Gemeinden und Kantonen um Bürger, Steuern und gute Lösungen, ein Land nicht auseinandertreibt, sondern zusammenführt, natürlich nur, wenn eine vernünftige nationale Solidarität gelebt und ein massvoller Finanzaus-gleich praktiziert wird. Je mehr jede und jeder sich selbst sein kann, je weniger sich jede Region einem einheitlichen Regime unterwerfen muss, desto mehr stehen alle zu einem Staat, der solche Freiheit zulässt. Es ist das Zulassen der Unterschiede, die das Land zusammenhalten, nicht ein in Bern angerichteter Einheitsbrei.

Die föderale Kleinteilung führt – zusammen mit direkter Demokratie und Miliz – zudem zu mehr Bürgernähe der Behörden, aber auch zu mehr Nähe zu den Unternehmen, und zwar nicht nur in der Phase einer Ansiedlung. In einer so feingegliederten politischen Welt sind Wegzug oder Verzicht auf einen Ausbau nie bloss leere Drohungen, sondern immer realistische Möglichkeiten, und das ist, auch wenn das viele als Erpressung abkanzeln, gut so. Obwohl es daher da und dort Fusionen von Gemeinden, vielleicht gar von Kantonen braucht, sollte die Schweiz nicht dem Trend zur Zentralisierung und Harmonisierung

folgen. Diversität ist kein Hindernis, sie ist, wie in den Unternehmen auch, eine Quelle von Innovation, Resilienz und Widerstandskraft.

Am Rande sei erwähnt, dass wettbewerblicher Föderalismus und Gemeindeautonomie ein Instrument zur Zähmung des Leviathans und ein gutes Entdeckungsverfahren sind. Zwar lernen die Kantone nicht so viel voneinander, wie sie könnten, aber in der Finanz- und Steuerpolitik wirkt der Wettbewerb mässigend, ohne race to the bottom. Die Bürger suchen nicht den Standort mit den niedrigsten Steuern, sondern den mit dem besten Preis-Leistungsverhältnis.

Konkordanz – die Kultur des Kompromisses

Die Schweiz hat, im Gegensatz zu anderen Staaten, seit dem Sonderbundkrieg mit Ausnahme des Generalstreiks keine grossen innerstaatlichen Konflikte durchlebt. Der politische und soziale Friede ist eine der grossen Leistungen des Landes. Er ist – abgesehen von den hier ausführlicher kommentierten Klammern der Gesellschaft – weiteren kohäsionsfördernden Elementen zu verdanken, an denen wir daher unbedingt festhalten sollten. Ich nenne die allgemeine Wehrpflicht, die ich gerne zu einer allgemeinen Bürgerdienstpflicht ausgeweitet sähe; die starke Betonung und weitgehende soziale Anerkennung der dualen Bildung; die seit Jahrzehnten gelebte Sozialpartnerschaft; und die im internationalen Vergleich anhaltend relativ gleichmässige Primärverteilung der Einkommen.

Wohl kein anderes Land hat dank der permanenten Pflege und Übung des Kompromisses auf allen Feldern und Ebenen diesen so kulturell verinnerlicht, bis hin zu einem Mangel an konstruktiver Streitkultur. Wichtig war aber auch die institutionelle Untermauerung der Bereitschaft und Fähigkeit zum Konsens. Dazu gehört die Volkswahl der Exekutiven auf Kantons- und Gemeindeebene, dazu gehört natürlich nicht zuletzt die Zauberformel von 1959. Sie war ein Ausdruck des Ausgleichs. Aber schon davor, etwa im Zweiten Weltkrieg, stand das Land zusammen, übte sich in Kompromiss und Konkordanz, über die Grenzen der Religionen, Regionen, Sprachen, Einkommensschichten, Parteien, Weltanschauungen und der Bildung hinweg. Diese Kohäsion ist schwächer geworden. Verantwortung dafür tragen gerade nicht die Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums, das wäre eine zu billige Erklärung, sondern die Parteien der Mitte, die mit ihrer Mittelmässigkeit das Bedürfnis der Wähler nach Profil missachteten, denen die Kraft abhandengekommen ist, die Pole

zusammenzuhalten, und denen es an staatsmännischer Souveränität mangelt, dies zu wollen und zu tun. Stattdessen üben sie sich im tagespolitischen Klein-Klein.

Die Frage ist natürlich, an welchem Punkt des politischen Spektrums sich die gegenläufigen Kräfte treffen. Bis in die 1970er Jahre gelang es den bürgerlichen Parteien, in wesentlichen Punkten einen liberal-konservativen Konsens durchzusetzen, aber dabei die linken Kräfte auf kluge Weise einzubinden und nicht permanent zu Verlierern zu machen. Heute müssen wir eher mit dem Gegenteil rechnen, dem Durchsetzen linker Anliegen in wechselnden Koalitionen, also einer Fortsetzung des derzeitigen Durchwurstelns, in dem die Schweiz zunehmend interventionistischer, etatistischer und paternalistischer wird – leider mit kräftiger Unterstützung jener Parteien, die auf dem Papier ein ganz anderes Programm vertreten. Schuld daran ist, dass sich die Mitte-Parteien – in der Terminologie von Karl Schmid – weg vom Kompromiss zwischen Positionen hin zum Kompromiss als Position bewegt haben. Das hat aus der Schweiz einen zunehmend links der Mitte registrierten, nach links driftenden, wenn auch, um bei unserem Thema zu bleiben, noch nicht auseinanderbrechenden Staat gemacht. Ich bin überzeugt, dass es im Interesse der Zukunft unseres Landes gelingen sollte, den gemeinsamen Nenner dieser Konkordanz wieder mehr Richtung Liberalität und Eigenverantwortung zu verschieben und dass es dazu den Mut bräuchte, bei aller Kompromisswilligkeit keine vorschnellen Kompromisse einzugehen.

Subsidiarität – der Staat als Genossenschaft

Eine fünfte, einende Besonderheit der Schweiz ist das erwähnte genossenschaftliche Staatsverständnis. Der ungarische Dichter Sandor Marai bemerkte 1950 in einem Essay, dass die Schweizer ihre Freiheit nicht als Luxusgut verstehen, sondern sehr selbstbewusst ein genuines Recht auf individuelle Freiheit für sich in Anspruch nehmen. Sie haben während Jahrhunderten gegen Feudalismus und für Selbstbestimmung gekämpft, und das in einer eigenen Mischung aus Kollektivismus und Individualismus. Das Schweizer Verständnis der Freiheit ist kein radikal-liberales, kein libertäres, wie man es in den USA zunehmend findet. Es verbindet sich vielmehr mit dem Grundsatz der Subsidiarität, wonach man so viel wie möglich auf der untersten Ebene regeln und erledigen sollte. Das ist die Ebene des Individuums. Was es nicht bewältigen kann, sollten Familie, Freunde und Nachbarschaft mittragen oder ganz übernehmen.

Erst, wenn eine Aufgabe nur von einer grösseren Einheit erledigt werden kann, kommt der Staat ins Spiel. Dieser Staat steht nicht über den Bürgern, sondern ist vom Grundverständnis her eine Genossenschaft der Bürger, die zusammenstehen und kooperieren. Und dieser Staat ist auch nicht eine Institution, die individuelle Freiheitsrechte verleiht und schützt, sondern umgekehrt Ausdruck der naturrechtlichen individuellen Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam den Staat bilden. Der Schutz der Privatsphäre gegenüber dem Staat entspringt ebenfalls diesem genossenschaftlichen Staatsverständnis. «Der Staat, das sind wir alle» – dieser Satz ist in fast jedem Land der Welt eine Hypokrisie. In der Schweiz kann man ihn dagegen aussprechen, ohne rot werden zu müssen. Es wäre ein Verlust, nicht nur für die Schweiz, sondern für Europa, wenn dieses fundamental liberale Konzept des Staates und seiner Bürger verloren ginge, nur weil es nicht kompatibel ist mit dem Staatsverständnis, das praktisch im ganzen übrigen Europa herrscht.

Mentale Klammern

Positives Erinnern

Einen wesentlichen Beitrag zur Identität leistet die gemeinsame Geschichte. Sie reicht in der Schweiz, erstens, weiter zurück als in Italien und Deutschland, die Produkte des 19. Jahrhunderts sind, oder als in Österreich, dessen Geschichte sich nur zum Teil auf dem heutigen Territorium des Landes abgespielt hat. Mythen gehören zu jeder Geschichte. Dass sie, wie die Tell-Geschichte, aus dem Ausland stammen, spielt keine Rolle. Nur sollte man nicht allein auf sie bauen.

Deshalb ist, zweitens, als Besonderheit der Schweiz, die der Kohäsion dient, der positive Bezug zur Geschichte zu nennen. Egon Flaig hat das im Sommer in der NZZ in einem brillanten Aufsatz mit dem Titel «Demokratie und Dankbarkeit» gezeigt. Die Dankbarkeit gegen die Vergangenheit sei kardinal für das Selbstverständnis, aus dem Demokratien sich nährten. Diese Dankbarkeit fällt in der Schweiz leichter als in den Staaten Kontinentaleuropas. Einzig Grossbritannien kann auf eine ähnliche lange ungebrochene Geschichte stolz sein. Natürlich ist auch die hiesige Geschichte nicht ohne Schatten, aber gemessen an den Verbrechen und dem Mitläufertum anderer Länder in den letzten 150 Jahren kann die Bevölkerung der Schweiz mit weniger grossen Verrenkungen an ihre Vorgängergenerationen anknüpfen. Von ihrem Territorium aus erfolgten seit rund 500 Jahren

keine Angriffskriege mehr, am Wettlauf um Kolonialbesitz nahm sie nicht teil, und in den beiden Weltkriegen verhielt sie sich neutral und entging in einer Mischung aus Anpassung und Widerstand den grössten Katastrophen des Krieges. Das war auch, aber nicht einfach nur Schlaumeierei, und es war sicher kein Trittbrettfahren.

Die heutige Schweiz darf also dankbar sein. Das ist keine Absage an die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit und keine Ermunterung zur Selbstgerechtigkeit, als die positives Erinnern leicht missverstanden werden kann, aber es ist eine Mahnung, sich nicht überwiegend oder nur der Verfehlungen zu erinnern. Für den Zusammenhalt ist gemeinsames positives Erinnern wichtig. Es permanent anzuprangern, schadet dem Zusammenhalt.

Vielleicht erlauben Sie mir als ehemaligem Journalisten gerade hier einen kleinen Einschub zum Thema Medien: Medien müssen kritisch sein. Das gehört zu ihrem Selbstverständnis, ist Teil ihrer Funktion. Aber wenn sie eine staatstragende und vor allem verbindende Rolle beanspruchen, dürfen sie nicht gleichzeitig permanent die Gegensätze betonen und Gräben aufreissen, zwischen allen möglichen Interessengruppen, die es in diesem Land gibt. Das fällt einem eher boulevardesken Journalismus, wie ihn Fernsehstationen fast notwendigerweise pflegen müssen, besonders schwer.

Pragmatische Bodenhaftung

Mir scheint, dass sich die Schweiz – darin viel mehr den USA und dem Vereinigten Königreich als den Nachbarstaaten ähnlich – auch durch einen grossen Pragmatismus auszeichnet und dass auch in diesem Pragmatismus etwas Verbindendes liegt. Dieser Pragmatismus ist eine Art Fortsetzung der antifeudalen Tradition. Deswegen leistet sich die Schweiz gelegentlich funktionale Grossprojekte wie den Gotthardtunnel, aber kaum Prestigebauten. Die grossen Schweizer Architekten der Neuzeit bauen eher im Ausland als in der Schweiz. Man überlegt sich gut, was man sich leisten kann und will, macht am ursprünglichen Projekt noch Abstriche. Man mag diesen Verzicht auf die grossen Ikonen bedauern und darin eine Mischung aus Biederkeit und Knausrigkeit sehen, aber man rauft sich hierzulande eben eher auf dem Boden dessen, was realisierbar ist und was man sich leisten kann, zusammen, als dass man zu visionären Höhenflügen ansetzt.

Der Pragmatismus dämpft auch weitgehend jeglichen ideologischen Perfektionismus. Das ist gut so. Auf diese Weise findet man im

Alltag eher zusammen. Wenn man um die Lösung von Problemen ringt, um konkrete Herausforderungen zu bewältigen, sind umfassende Gestaltungsentwürfe hinderlich. So wurde die Schweiz zu einem Musterbeispiel des Piecemeal-Engineering im Sinne von Karl Popper. Dieser Pragmatismus zeichnet, sieht man von einigen Heissspornen an den Rändern ab, eigentlich das ganze politische Spektrum aus. So pragmatisch, lösungsorientiert, kompromissbereit und damit oft inkonsistent ist kaum ein anderes Land in Kontinentaleuropa – aber nur so kann man verhindern, dass aus Spannungen Risse werden.

Nonkonformistische Eigenständigkeit

Zu den Klammern dieses Landes gehört schliesslich, bei aller Offenheit, die – entgegen dem Fremd- und auch dem Selbstbild – ohne Wenn und Aber grösser ist als in jedem einzelnen Nachbarland, eine Tradition der Abstinenz von den Dummheiten, die im Ausland begangen werden. Oliver Zimmer, der Schweizer Historiker an der Oxford University, hat das sehr schön ausgedrückt. Für ihn verkörpert die Schweiz einen «zur Staatsform geronnenen Widerspruch» und den «Einspruch gegen eine zunehmend verflachende Welt». Letzteres wird oft despektierlich als Rückzug ins Schneckenhaus interpretiert, so etwa auch – ich erinnere mich gut – vor zehn Jahren von dem sehr geschätzten Kollegen Konrad Mrusek in seinem Abschiedsartikel nach 18 Jahren als FAZ-Korrespondent in der Schweiz. Aber die Schweiz widerspricht einfach oft, sie hat manchmal etwas Anarchisch-Nonkonformes, und sie entzieht sich so manchen politischen Modetrends, natürlich nicht vollständig, aber doch. Das hat sie auch vor manch verheerenden Entwicklungen bewahrt.

Zum Widerspruch gehört heute auch die Skepsis, ja der Widerstand gegen eine EU, die voller guter Absichten ist, aber einen Fehler nach dem andern macht und mit ihrer Entwicklung nicht Inbegriff der Moderne ist, sondern im Gegenteil im Begriff ist, den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts auf höherer Ebene neu zu zelebrieren. Allerdings: Diese Skepsis ist nicht unumstritten, und so spaltet die Frage unseres Verhältnisses zur EU die Schweiz heute und seit Jahrzehnten wie kein anderes Thema. Wäre die EU ein gemeinsamer Feind, würde sie das Land zusammenschweissen, aber sie ist eine gemeinsame Herausforderung, der die einen allein durch Anpassung, die anderen allein durch Widerstand begegnen wollen. Hier muss die Schweiz ihren Kitt erst finden. Die von mir präsierte Progress

Foundation hat dazu ein Buch veröffentlicht, herausgegeben von den beiden St. Gallern Konrad Hummler und Franz Jäger, unter dem Titel «Kleinstaat Schweiz – Auslauf- oder Erfolgsmodell». Es sieht diesen möglichen Kitt in der stolzen Bejahung des Kleinstaates, aber eben ohne Selbstüberschätzung, in Eigenständigkeit ohne Eigenbrötelei.

Die Schweiz als Nischenprodukt

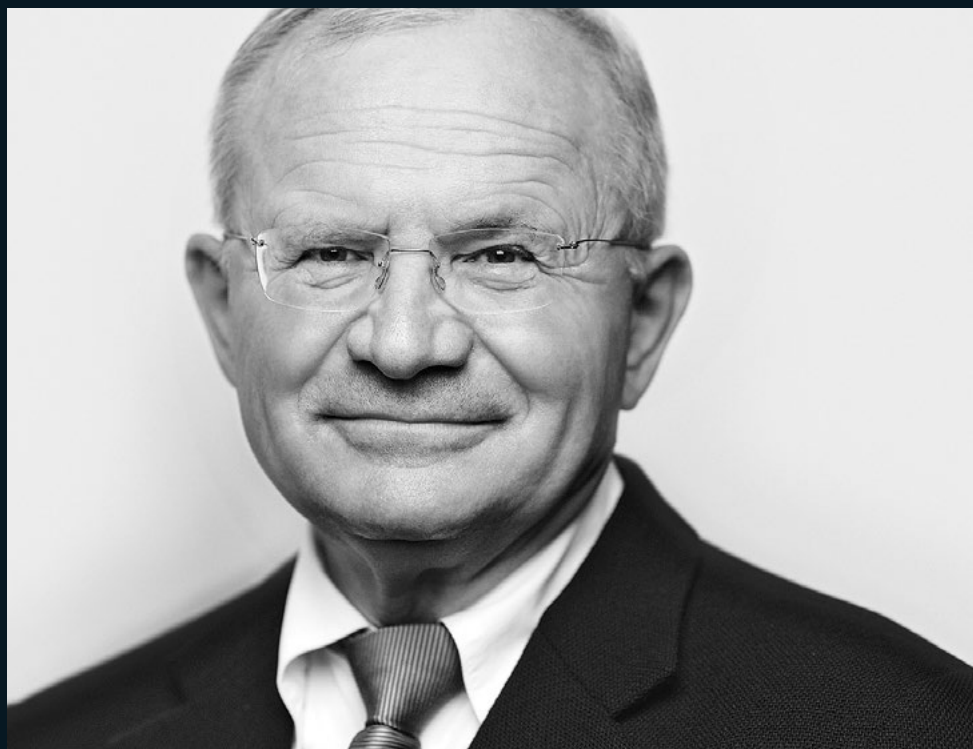
Ich hoffe, nun nicht den Eindruck erweckt zu haben, ich glorifizierte die helvetischen Besonderheiten. So war und ist es nicht gemeint. Ich hätte kaum 30 Jahre bei der NZZ und fast sieben Jahre bei Avenir Suisse gearbeitet und an beiden Orten permanent Reformen angemahnt, wenn ich in unserem System nicht Schwachstellen orten würde. Es besteht sehr wohl Reformbedarf. Nur: welcher Reformbedarf? Ich bin seit je ein Anhänger der These des Sonderfalls Schweiz. Natürlich ist jedes Land einzigartig, aber dass die Schweiz mit ihrem politisch-institutionellen Gefüge einmaliger und einzigartiger ist als irgendein Land sonst auf der Welt scheint mir offensichtlich. Und sie war mit dieser Einzigartigkeit erfolgreich. Also sollte sie die Besonderheiten pflegen und zwar den Zeitläuften anpassen, aber nicht versuchen, im Mainstream der Moden mitzuschwimmen. Letzteres ist bequem und verlockend, aber als nachhaltiges Geschäftsmodell untauglich. Zudem bin ich überzeugt, dass nur das, was uns unterscheidet, uns auch zusammenhalten kann, es ist die *raison d'être* jedes Landes. Damit wird das Ja zu den Institutionen und den mentalen Besonderheiten zur verbindenden Klammer. Und indirekt bedeutet dies auch ein Ja zu jenem Kernbestand an ethisch-kulturellen Werten, der beidem zugrunde liegt. Was wir dagegen mit allen oder vielen anderen Staaten teilen, verbindet uns zwar mit diesen, aber es ist kaum der Kitt, der die vielfältige Schweiz zusammenhält. Gerade wegen den drei Sprachen, die die einzelnen Teile der Schweiz mit den Nachbarländern verbinden, muss das die Schweiz Einigende zugleich etwas von den Nachbarn Trennendes in sich tragen.

Die Schweiz als Ganzes sollte also, übrigens wie viele ihrer Unternehmen auch, eher Nischen besetzen, als zu versuchen, mit all den Mitbewerbern auf dem gleichen «Markt» zu konkurrenzieren. Sie sollte ihre Besonderheiten hochhalten. Es wäre widersinnig, würde sie ihre Eigenheiten aufgeben, nur um dem Vorwurf der Eigenbrötelei zu entgehen. Genauso widersinnig wäre es, die bewährten Besonderheiten stur zu bewahren und nicht weiterzuentwickeln. Die kleine Schweiz

hätte, weil sie klein ist, die Chance, nicht, sich dem Weltgeschehen und seinen Trends zu entziehen, aber immerhin, mehr aus ihnen zu machen und sich geschickter zu verhalten als andere. Stattdessen bleibt sie gespalten zwischen jenen Internationalisten, die sie lustvoll klein- und schlechtreuen und das Heil in Anpassung an den Zeitgeist und Integration in ein grösseres Ganzes sehen, und jenen Nationalkonservativen, die in trotziger Verblendung meinen, die Schweiz könne sich allem entziehen, sei nicht nur de jure, sondern auch de facto souverän und lebe in einer Welt, in der weder die Macht diktiert, noch die Realität. Die einen empfinden Abweichungen von allem, was in der Welt – vor allem in Europa – üblich ist, schnell als hinterwäldlerisch. Sie übersehen, wie oft europäische Politik irgendwelchen Moden nachrennt und wie sehr sie sich schon getäuscht hat. Die anderen sehen wohl die Stärken der Schweiz, sind sich aber viel zu wenig bewusst, dass auch Bewährtes hin und wieder einer Überholung und Auffrischung bedarf.

Dazwischen stehen die vielen Wohlstandsmüden und Wohlstandsverwöhnten. Nach dem Motto «Wir haben doch genug und es geht uns gut» sind sie meist auf Bewahrung aus. Sie überschätzen, was mit Blick auf hehre soziale, ökologische, kulturelle und gesellschaftspolitische Ziele möglich ist, während sie unterschätzen, wie sehr der ungewöhnliche Aufstieg der Schweiz in den letzten eineinhalb Jahrhunderten auf Leistung beruhte. Sie kippen politisch manchmal nach links und manchmal nach rechts.

Diese Spaltung verhindert, dass die Schweiz selbstbewusst und selbstverantwortlich ihre Zukunft gestaltet. Es wird über weite Strecken reagiert, man verliert sich in Details und verwendet zu viel Energie auf das parteipolitische Hickhack. Die Schweiz könnte zu einem Land der mutigen Innovationen und Reformen werden, gerade im institutionellen Bereich, und ihre Erfolgsfaktoren stärken. Und sie könnte darin auch in der Zukunft das Verbindende, das Einigende finden. Ich bleibe zuversichtlich, dass ihr das rechtzeitig gelingt. Und dass im «Where to be borne»- Index des britischen «Economist» auf die Frage, wo man geboren werden möchte bzw. möchte, dass die Kinder geboren werden, auch in Zukunft die Schweiz ganz vorne steht, dass unser Land von aussen ebenso wie von innen gesehen attraktiv bleibt, und zwar nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie wegen des Wohlstands, sondern wegen dem, was die Schweiz anders macht, was die Schweiz ausmacht, was sie verbindet.



«EINHEIT IN VIELFALT –
GEMEINSINN WOZU? »

DR. HUBERTUS SCHMID, ST.GALLEN

Gemäss allen Rankings nimmt die Schweiz international bezüglich Reichtum, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, pro Kopf Einkommen eine Spitzenstellung ein. «Wir sind das Land mit der weltweit besten Lebensqualität», meint Prof. Guzzella, Präsident der ETH. Doch es gibt auch Bruchstellen: Migration und Integration stehen weit oben im Sorgenbarometer. Die mentale Distanz zwischen den Sprachregionen wird grösser. Die Einkommensschere zwischen normaler Bevölkerung und Reichen öffnet sich weiter. Zwischen Stadt und Land tut sich ein politischer Graben auf. Das polarisierte Parteiensystem macht Kompromisse schwieriger. Das Milizsystem bröckelt. Fast 75% der Bevölkerung ist besorgt, dass dem Gemeinwohl in der Schweiz zu wenig Beachtung geschenkt wird (GemeinwohlAtlas 2017). Die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stellen entspringt nicht einem Hang zum kollektiven Selbstzweifel, vielmehr der Überzeugung, dass Vollbeschäftigung, technisch-wissenschaftliche Spitzenstellung, ökonomische Effizienz, Wohlstand und ausgebauter Sozialstaat allein keine Garantien für ein gelingendes Zusammenleben sind.

In den beiden GGK-Forums-Veranstaltungen vom vergangenen Herbst wurde zu Recht das gute Funktionieren unserer politischen Institutionen herausgestrichen, der direkten Demokratie, des föderalistischen Staatsaufbaus sowie der ausgeklügelten Interessen- und Machtgleichsmechanismen. Kaum thematisiert wurde der Einfluss moralisch-ethischer und kultureller Faktoren auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie viel Gemeinsamkeiten braucht es in einem multikulturell zusammengesetzten, freiheitlich verfassten Gemeinwesen und welche Rolle fällt dem Gemeinwohl zu?

Vielfalt – Spiegel persönlicher Freiheit

Vielfältig, ja wirklich bunt ist das Leben in unserem Land. Nicht nur weil die Menschen bezüglich ihrer Herkunft, Sprache, Weltanschauung und Kultur verschieden sind, sondern in erster Linie weil ihnen aufgrund ihrer persönlichen Würde die subjektive Freiheit zusteht, nach eigenen Vorstellungen und Wertungen über ihren Lebensentwurf (Interessen, Beruf, Ziele), ihre Lebensform (Familie, Gruppe, Verein, Partnerschaft etc.), und ihren Lebensstil (Bekleidung, Freizeit, Mobilität) zu entscheiden. Dies erst macht Vielfalt möglich, die Quelle technischer und wirtschaftlicher Neuerungen, kultureller Werke, wirtschaftlichen Wohlstands etc. Was die Menschen zunächst verbindet, sind somit nicht gemeinsame Ziele oder Werte, sondern ihr gemeinsa-

mes Interesse am staatlichen Schutz ihrer subjektiven Rechte und der Gleichheit. Dazu gehört auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die auf dem langen Weg zum freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat hart erkämpft werden musste. Seither gibt es im Zusammenleben der Menschen konkurrierende Wahrheiten, weil die Auffassung darüber was wahr ist, unterschiedlich ist. Daran zu erinnern ist gerade heute wichtig, wo gewisse politische Regimes und religiöse Kreise den Anspruch erheben, «nur die von ihr definierte Wahrheit habe ein Recht und die persönliche Freiheit habe sich diesem Recht der Wahrheit zu beugen» (Adrian Loretan, NZZ 21.10.17).

Doch die Freiheitsrechte – die ideellen wie die wirtschaftlichen – setzen dynamische Prozesse in Gang, die die Gesellschaft atomisieren können, wie etwa die tiefgreifenden Veränderungen aufgrund der Globalisierung, Digitalisierung oder Migration. Mit der Verunsicherung wächst die Sehnsucht nach Gemeinschaft und Geborgenheit, das Verlangen nach Homogenität. Die Meinungen darüber sind kontrovers. Menschen, die um ihre Identität oder Heimat fürchten, wünschen sich eine Leitkultur, ein Kernbestand gemeinsamer liberal-demokratischer Grundwerte, die Akzeptanz der Sprache, verbreiteter Lebensgewohnheiten wie Leistungsprinzip, Toleranz gegenüber Minderheiten, sozialer Friede. Für jene Menschen hingegen, die allein ihren eigenen persönlichen Werten bzw. Präferenzen gemäss leben wollen, ist die allseitige Einhaltung der Rechtsordnung völlig ausreichend für ein friedliches Nebeneinander. «Wir leben in der Schweiz gut zusammen, weil wir uns gegenseitig höflich ignorieren» (René Scheu, NZZ 15.02.16). Gemeinsame ethisch-moralische Werte braucht es nicht. Darüber eine Debatte zu führen, ist im Gegenteil schädlich, weil sie die Gesellschaft spaltet.

Ohne vitale Zivilgesellschaft kein gelingendes Zusammenleben

Funktionierende politische Institutionen, die allseitige Beachtung der Rechtsordnung und ökonomische Effizienz sind für ein gedeihliches Zusammenleben unerlässlich, aber nicht ausreichend. Weil der säkulare, freiheitliche Staat seine Legitimation und die ganze Gemeinschaft ihre Stabilität nicht mehr aus der Religion oder einer politischen Doktrin holen können, müssen diese – nicht nur in Krisenzeiten oder bei Katastrophen – von innen her, aus der moralischen Substanz des Einzelnen, der Organisationen und der Unternehmen reguliert werden, ihre ordnende Kraft erhalten, also aus der Zivilgesellschaft. Ohne lebendige Zivilgesellschaft, ohne das soziale Kapital des Vertrauens und

der Verlässlichkeit, ohne die Kooperation der Bürger jenseits staatlicher Verpflichtungen und jenseits ökonomischer Interessen, gibt es weder gesellschaftliche Stabilität noch individuelles Wohlergehen. Das bedeutet, in Abwandlung des bekannten Diktums des deutschen Rechtsphilosophen Ernst-Wolfgang Böckenförde: Die Freiheit der Bürger und der gesellschaftliche Zusammenhalt leben von Voraussetzungen, die unser Staat selbst nicht garantieren kann, wenn er seinen freiheitlichen Charakter nicht verlieren will.

Zu diesen Voraussetzungen guten Zusammenlebens zählt die Befolgung bestimmter ungeschriebener Regeln im Umgang mit den Menschen im privaten oder geschäftlichen Bereich, wie Anstand, Respekt, Treu und Glauben, Fairness, Verlässlichkeit, und eben auch Gemeinsinn.

Gemeinsinn – Brücke zwischen Individualität und Pluralität

In einer liberalen Gesellschaft ist der Gemeinsinn ein schwieriger, auch historisch und politisch belasteter Begriff. Misst doch der Rechtsstaat die Menschen an ihrem äusseren Verhalten und nicht an ihren Gedanken oder ihrer Gesinnung. Wer an Gemeinsinn appelliert, stellt sich auch gern moralisch über die anderen. Also gilt es reflektiert damit umzugehen.

Der Gemeinsinn – auch Bürgersinn oder common sense genannt – hat zwischen Individualität und Pluralität zu vermitteln. Für Hanna Ahrendt verkörpert der Gemeinsinn «eine geistige Haltung – die mit den Mitbürgern geteilte Zukunftsvorstellung des Landes»; für David Hume ist er «ein geteiltes Verständnis gemeinsamer Interessen». Er bewahrt vor Egoismus, vor dem Rückzug in die Vereinzelung und stiftet damit kollektive Identität (Georg Kohler). Die Fähigkeit zur Verständigung setzt Kommunikation voraus. Mit sprachlichem Austausch bestätigen wir uns der gemeinsamen Welt. «Durch Handeln, namentlich Sprechen, schlagen wir als Individuum eine Brücke zueinander, beseitigen Differenzen die uns trennen. Nur so können wir aus unserer Privatheit heraustreten in den öffentlichen Raum, in die Pluralität» (H. Ahrendt). Der Gemeinsinn impliziert aber auch Kooperation, die Fähigkeit und Bereitschaft des Einzelnen «sich so weit von seinen eigenen Interessen zu distanzieren, dass er sich an einer gemeinsamen Praxis beteiligen kann, die allen, auch ihm selbst zugutekommt» (Justus Nida-Rümelin). Der Gemeinsinn wird genährt durch religiöse, gesellschaftliche und kulturelle Werte, die den Menschen tradiert

und vorgelebt sowie durch Erziehung und Bildung vermittelt werden. Doch welche sind die konkreten Ausprägungen, Teilgehalte des Gemeinsinns?

Selbstverantwortung: Der Gemeinsinn nimmt uns in die Pflicht, uns freiwillig nach Kräften für uns und unsere Nächsten zu sorgen, Verantwortung zu übernehmen, um nicht anderen oder dem Staat zur Last zu fallen (Hermann Lübbe).

Loyalität: Der Gemeinsinn verlangt das freiwillige Befolgen der von einer staatlichen Gemeinschaft in einem demokratischen Prozess erlassenen Gebote und Verbote. Dazu gehört auch die Anerkennung der vom Staat geschaffenen Zwangssolidarität (Hermann Lübbe, Georg Kohler).

Perspektivenwechsel, Empathie: Der Gemeinsinn setzt die Bereitschaft voraus, bei seinen Entscheidungen die Perspektiven der andern mit zu bedenken – aber nicht nur der eigenen Familie oder Community – sowie die Fähigkeit, die Gefühle der anderen nachzuvollziehen (Georg Kohler).

Solidarität: Der Gemeinsinn beinhaltet die Verpflichtung, andere Mitglieder der Gemeinschaft in der Not zu unterstützen.

Mitwirkung: Gemeinsinn fordert die freiwillige Mitarbeit in Behörden (Miliz) und in der Zivilgesellschaft: sei es informell, in der Nachbarschaftshilfe oder in gemeinnützigen Organisationen:

Drei Merkmale sind allen diesen Ausprägungen gemeinsam: Das Denken und Handeln orientieren sich an der Gemeinschaft, am grösseren Ganzen, am Gemeinwohl. Sie beruhen auf persönlicher Einsicht (Vernunft) sowie auf Freiwilligkeit, also dem Fehlen staatlichen Zwangs. Hat sich der Gemeinsinn erst im Verlauf der Zeit herausgebildet, durch religiös und kulturelle Werte einerseits, geschichtliche Erfahrungen und lange Einübung andererseits, unterliegt er dem Wandel der Zeit, nicht seine Rolle – die normative Bedeutung für das Zusammenleben – sondern die Erfordernisse in der konkreten Lage. Soll der Gemeinsinn auch unter veränderten Verhältnissen für Stabilität sorgen, muss er immer wieder zur Diskussion gestellt werden. Gerade in Zeiten politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftliche Umbrüche, wie wir sie derzeit erleben. Dazu braucht es einen offenen und herrschaftsfreien Diskurs, unter Einbezug sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft, unabhängig von der Staatsbürgerschaft. «Vom Gelingen einer guten Kultur öffentlicher Auseinandersetzung hängt es ab, ob wir die Lebensverhältnisse in demokratischen Gesellschaften zum Wohle aller

gestalten können» (Michael Schefczyk). Ob die sozialen Netzwerke, die verbreitete Ich-Kultur oder die Parallelstrukturen diesem offenen Diskurs zuträglich sind, ist mehr als fraglich.

Den Gemeinsinn fördern – aber nicht erzwingen wollen

Man kann und soll den Gemeinsinn fördern, in der Erziehung, in der Bildung, namentlich in den Schulen, ohne die Schwierigkeiten zu verkennen. Nur zu oft haben in den Schulen eingeübte Denk- und Handlungsweisen keine Geltung mehr, sobald die Schüler sich im öffentlichen Raum befinden oder wenn sie zurück in ihren Familien sind, wo sie mit ganz anderen Regeln und Werten konfrontiert sind. Oder wenn sie zum Beispiel in der Lebensrealität der Werbung für einen Caffè latte begegnen, wo es heisst: My Life. My Rules. I'm never social. Unless it's cool content». Es ist mein Leben, also mache ich meine Regeln selbst, und zwar ohne soziale Rücksichten. Ein öffentlicher Aufruf zur asozialen Selbstverwirklichung. Gleichwohl ist es richtig und wichtig, wenn nicht nur die Zivilgesellschaft den Gemeinsinn fördert, sondern auch der Staat im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags. Er soll kluge Anreize fördern, ohne die Bürger zu bevormunden. Er soll also nicht versuchen, soziale Konventionen oder Sitten mit Mitteln des Rechtszwanges und des autoritativen Gebots zu garantieren versuchen. Gesinnungseinheit darf nicht zur Rechtspflicht gemacht werden.

Mit einem solchen Thema hatte sich unser Parlament in den 80er Jahren zu befassen, im Rahmen der Beratungen zur Totalrevision der Bundesverfassung. Unter der Marginalie «Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung» wurde in Art. 6 BV folgende diese neue Bestimmung aufgenommen.

Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei. (Art. 6 Bundesverfassung)

Der erste Satzteil (jede...für sich...) enthält ein liberales Postulat, das auf die Subsidiarität staatlicher Leistungen anspielt. Im zweiten Satzteil (und trägt nach ihren Kräften...) macht der Verfassungsgeber deutlich, dass die gesellschaftlichen Aufgaben nicht nur vom Staat zu lösen sind und bei den staatlichen Aufgaben die aktive Mitwirkung der Einzelnen erforderlich ist. Art. 6 BV enthält zwar keine rechtlich verbindliche Grundpflicht zu gesellschaftlichem Engagement, bringt aber doch klar die Ergänzungsbedürftigkeit der Rechtsordnung zum Ausdruck. Er appelliert an die moralisch-ethische Pflicht der

Bürger, nach Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft beizutragen, also freiwillig in der Zivilgesellschaft oder im politischen Milizsystem mitzuwirken. Die Bundesverfassung erinnert die Einzelnen an die Idee eines Gesellschaftsvertrags, dass eine funktionierende Gemeinschaft auf dem Grundsatz des Gebens und Nehmens beruht.

Fazit

«Einheit in Vielfalt» ist eine Paradoxie, der unauflösbare Widerspruch zwischen Individualität, Eigenwohl, Heterogenität einerseits sowie Pluralität, Gemeinwohl, Homogenität andererseits. Die Dialektik der Widersprüche macht den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land möglich. Aber ohne Gemeinsinn geht es nicht, dem Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, der Bereitschaft, miteinander zu kooperieren und füreinander einzustehen. In unserer pluralistischen Gemeinschaft ist der Gemeinsinn ein identitätsstiftender Faktor. Das ist der Preis der Freiheit. Sich in der Öffentlichkeit für die Bedeutung des Gemeinsinns – gemeinsame Vorstellungen über die Art des Zusammenlebens – einzusetzen und diesen mit konkreten Handlungen zu unterstützen, ist seit bald 200 Jahren die Aufgabe der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons St.Gallen, die «geistige und materielle Volkswohlfahrt» zu fördern.» Wie sagte doch Prof. Dr. Karl Schmid, ETH Zürich vor über 50 Jahren: «Gemeinsinn ist die Anstrengung der Sorge für das Ganze auf sich zu nehmen.».



GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT DES KANTONS ST.GALLEN (GGK)
WWW.GGK-FORUM.CH | INFO@GGK-FORUM.CH | T +41 58 258 14 90
POSTCHECK-KONTO 90-3827-4, IBAN CH 13 0900 0000 9000 3827 4